BUNDESLÄNDER

LEHRERMANGEL

Das letzte Aufgebot

Mit einem ungewöhnlichen Werbespruch kündigte die Berufsschule der Nibelungenstadt Worms ihren kürzlich eröffneten Fachkursus für das Metallgewerbe an: Dieser Kursus erschließe den Teilnehmern nicht nur die Laufbahn des Ingenieurs, sondern auch die des Volksschullehrers.

Ihren neuartigen Slogan verdankt die Wormser Berufsschule einer jener umstrittenen Maßnahmen, mit denen der Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Eduard Orth, den — in seinem Lande mit über 1000 unbesetzten Planstellen besonders fühlbaren — Lehrermangel bekämpfen will.

Der Lehrermangel ist freilich auch eine Sorge fast aller anderen Bundesländer: Nach Schätzung des Frankfurter Professors Hans Heckel fehlten in der Bundesrepublik schon 1958 über 7000 Lehrer, und 53 000 würden fehlen, wenn man das neunte und zehnte Schuljahr verwirklichen und die Klassenfrequenz einheitlich auf 35 Schüler bringen würde.

In seinem Bestreben, jahrelange Versäumnisse bei der Förderung des Lehrernachwuchses möglichst rasch wettzumachen, hat der 58jährige christdemokratische Minister Orth an den Höheren Schulen wie an den Mittel- und Wirtschaftsschulen des Landes kurzerhand 15- und 16jährige Schüler anwerben lassen, die dem ungewissen Erfolg der Abschlußprüfung den schönen Beruf des Pädagogen vorziehen möchten.

Diese dem Alptraum des Abiturienten-Examens entronnenen Sekundaner und Berufsschüler will der reformfreudige Minister drei Jahre lang in „musischen Oberschulen", die an acht Gymnasien eigens eingerichtet werden, für die Aufnahme in die Pädagogischen Akademien vorbereiten: dank einem entsprechend arrangierten Lehrplan, der den Interessenten eine der lästigen Fremdsprachen erspart und die gefürchtete Mathematik angemessen verdünnt.

Die Anregung zu dieser schulpolitischen Pioniertat hatte Dr. Orth aus Nordrhein-Westfalen bezogen: Dort ist der Lehrermangel mit 2200 gar nicht und 2000 behelfsmäßig besetzten Stellen am größten, so daß Orths Düsseldorfer Amtsbruder Werner Schütz nicht nur — über den sogenannten „Zweiten Bildungsweg" — begabte Erwachsene heranziehen, sondern auch auf Real- und Mittelschüler zurückgreifen wollte.

In einem entscheidenden Punkt freilich weicht der Mainzer Kultusminister von dem Projekt seines nordrhein-westfälischen Kollegen ab: Den Absolventen der Orthschen Förderlehrgänge bleibt die Hochschulreife versagt. Sie können sich allenfalls eines „Schmalspur-Abiturs" rühmen, das lediglich zum Studium an den rheinland-pfälzischen Pädagogien berechtigt.

Unverzüglich meldeten die gewerkschaftlich organisierte Lehrerschaft, der „Bund Katholischer Erzieher" und der „Verein katholischer deutscher Lehrerinnen" gegen die Werbemethoden Dr. Orths Protest an. Orakelten die (katholischen) „Rhein-Pfälzischen Schulblätter": „Besteht nicht Grund zu der Annahme, daß mancher schwache Gymnasiast in dieser Möglichkeit einen bequemen Ausweg für seine schulischen Schwierigkeiten sehen wird? ... Werden dann die anderen, die noch von einem echten Bildungsstreben getragen sind, sich nicht zu schade dafür sein, einen Beruf zu wählen, der auch auf leichtere und billigere Weise erreicht werden kann?"

Trotz einer persönlichen Intervention des Ministers ließ sich der Lehrerverband nicht von der Meinung abbringen, hier drohe eine Degradation des Lehrerstandes durch Heranzüchtung einer „zweiten Garnitur".

Um den Verruf der Lehrerbildung in seinem Lande wieder auszumerzen, ließ Kultusminister Dr. Orth seiner

Kultusminister Orth
Berufsschüler auf die Hochschule

Neuerung eine zweite folgen, mit der er allerdings bislang ebensowenig Gegenliebe gefunden hat: Durch einen schlichten Verwaltungsakt und ohne dem Landtag zuvor ein Mitspracherecht einzuräumen, hat der Minister die Umwandlung der drei katholischen und zwei evangelischen Pädagogischen Akademien des Landes in Pädagogische Hochschulen dekretiert. In den übrigen Bundesländern besitzen die Lehrerbildungsanstalten nämlich längst den Status von Hochschulen — zu denen allerdings nur Abiturienten zugelassen werden.

Diese Umbenennung hat dem Dr. Orth weitere Widersacher eingetragen. Die Mainzer Parlamentarier fühlen sich allein schon durch die äußeren Umstände des Umwandlungsaktes brüskiert. Nachdem die CDU dem Landesparlament die Mitwirkung versagt hatte, kamen nun auch die Mitglieder des Kulturpolitischen Landtagsausschusses um den Genuß, in einer zu diesem Zweck anberaumten Sitzung als erste die vom Kultusministerium verfertigte „Hochschul" - Satzung kennenzulernen: Schon vor der offiziellen Bekanntgabe war der Wortlaut der 20 Paragraphen umfassenden Satzung im „Mitteilungsblatt Katholischer Erzieher" gedruckt worden.

Der sachliche Inhalt der Satzung führte indes, noch ehe die Landesverfügung auf korrektem Wege publiziert worden war, zu einem dem Minister unerwünschten Effekt. Die Mainzer SPD-Opposition schöpfte nämlich aus der Umbenennung die Hoffnung, nunmehr könne die in Rheinland-Pfalz als einzigem Bundesland durch die Verfassung diktierte konfessionelle Bindung der Lehrerbildungsanstalten durchbrochen werden.

Die im Artikel 36 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung gesetzlich festgelegte konfessionelle Bindung bezieht sich nämlich nach Ansicht der SPD ausschließlich auf die Pädagogischen *Akademien*, während für *Hochschulen* der Grundsatz der — auch konfessionellen — Freiheit von Forschung und Lehre gelten müsse, den Artikel 39 der Landesverfassung vorschreibe. Entweder würden also die Akademien zu Hochschulen, dann müsse die konfessionelle Bindung fortfallen, oder der Konfessionszwang bleibe, dann seien es keine Hochschulen.

Diesem Dilemma sucht das Mainzer Kultusministerium mit dem Hinweis zu entrinnen, daß die Akademien laut Satzung zu „Hochschulen eigenständiger Prägung" würden, an denen die Lehrkräfte ihre „Lehrgebiete in freier geistiger Entscheidung" vertreten. Dennoch blieben sie „Lehrerbildungsanstalten".

Orths Widersacher verweisen demgegenüber auf den Erfahrungssatz, daß eine Hochschule erst dann eine Hochschule sei, wenn sie von den anderen Hochschulen als solche anerkannt werde. Mit einer Anerkennung könne Orth aber schon gar nicht rechnen, wenn er seinen „Hochschulen" geistige Halbfabrikate ohne Abitur zuführe, um dort Lehrer-Lehrlinge zu Erziehungsfacharbeitern abrichten zu lassen.

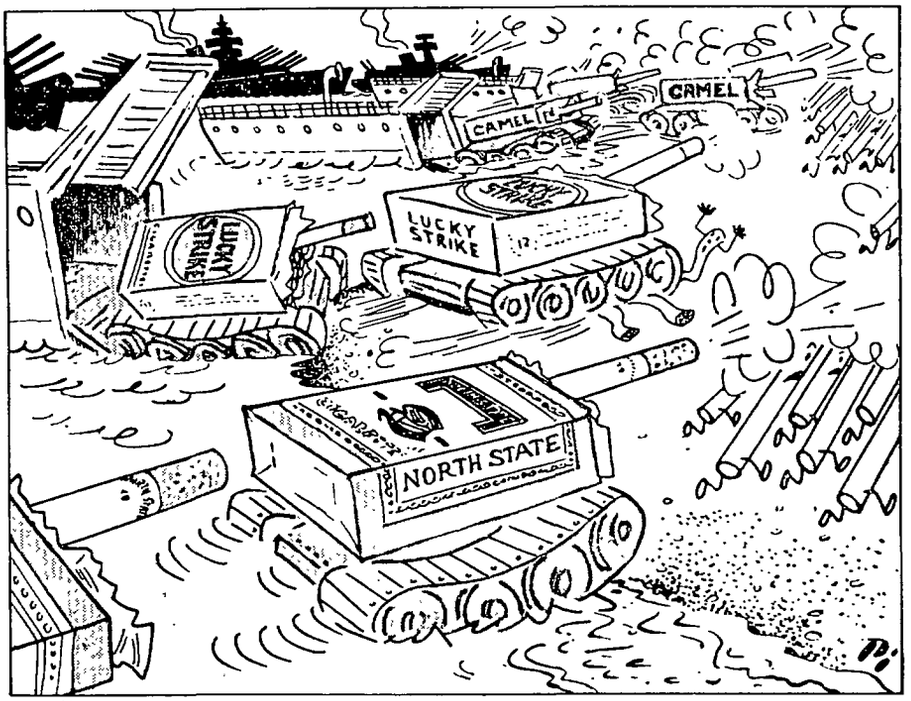
Die Mainzer SPD-Fraktion hat inzwischen den Justizrat und SPD-Bundestagsabgeordneten Friedrich Wilhelm Wagner aus Ludwigshafen mit der Prüfung der Frage beauftragt, ob Orths Hochschulsatzung mit der Landesverfassung vereinbar sei, und zugleich mit einer Verfassungsklage gedroht. Grollte der SPD-Schulexperte Karl Kuhn: „Die Zeit des Friedens ist vorbei!"

INDUSTRIE

ZIGARETTEN

Die großen Vier

Die einstmals große Schar mittelständisch-patriarchalischer Zigaretten-Industrieller schmolz in den vergangenen Monaten zu einem Häuflein von 17 Kleinstfabrikanten zusammen, die sich der mächtigen Konkurrenz weniger Großunternehmen ausgesetzt sehen. Der Mitinhaber der Hamburg-Bremischen Tabak- und Zigarettenfabrik Brinkmann GmbH, Dr. Friedrich Kristinus, nannte das Fabrikantensterben trocken „eine



Industriekurier

Die zweite Invasion

Bestätigung des Großmarktes, der sich heute, vor allem seit Beginn der EWG, mehr und mehr durchgesetzt hat".

Das Rennen um die Marktanteile — sie sind in der homogenen Zigarettenindustrie der allein gültige Ausweis für die Originalität eines Fabrikats — entwickelte sich in den vergangenen Monaten zu einem fulminanten Sprint. Bemüht, im Europa-Zollverein der Sechs die besten Positionen zu erhaschen, überboten sich die Großfirmen gegenseitig darin, ihren Besitz durch Aufkauf kleinerer Gesellschaften abzurunden.

In der vom Branchenklatsch umwitterten Zigarettenindustrie machte im vergangenen Jahr das Gerücht die Runde, der amerikanische Zigarettenkonzern R. J. Reynolds Tobacco Company, Winston/Salem („Camel", „Winston"), wolle sich an der Kölner Firma Haus Neuerburg KG beteiligen, deren bekannteste Zigarettenmarke Overstolz („Ritter Overstolz vom Rhein") dem Unternehmen lange Zeit den dritten Platz am westdeutschen Markt nach Reemtsma („Ernte 23", „Peter Stuyvesant") und der British American Tobacco Co., GmbH („HB", „Player's", „Lucky Strike") beschert hatte.

Der Reynolds-Vorstoß zielte nicht von ungefähr auf den Rhein. Dem Ritter Overstolz sind die Knie weich geworden, seit die Filterzigarette sich von Jahr zu Jahr einen größeren Marktanteil erobert hat. Nachdem im Jahre 1955 nur neun Prozent der westdeutschen Raucher Filterzigaretten verlangt hatten, waren es im vergangenen Jahr annähernd 65 Prozent. Der Absatz der ungefilterten Overstolz sank allein im Verlauf des letzten Jahres von monatlich 300 Millionen Zigaretten auf gegenwärtig 200 Millionen.

Angesichts dieses Rückschlags sahen sich die Hauptgesellschafter von Haus Neuerburg — die Vettern Paul, Gottfried und Helmut — veranlaßt, die amerikanische Offerte anzunehmen. Seit wenigen Wochen ist die Reynolds-Gruppe an der Haus Neuerburg KG mit 51 Prozent als persönlich haftender Teilhaber, als sogenannter Komplementär, beteiligt. Der Rest liegt in Händen der Familie Neuerburg, die im Gegensatz zu Reynolds als sogenannte Kommanditisten nur mit ihrer Kapitaleinlage für das Geschäftsrisiko haften.

Trotz der amerikanischen Kapitalmehrheit sicherten sich Gottfried und Helmut Neuerburg im Gesellschaftsvertrag eine starke Position. Sie verbleiben als Geschäftsführer in der Haus Neuerburg GmbH, die als Dachgesellschaft der KG fungiert. In der gleichen Gesellschaft ist lediglich noch ein amerikanischer Geschäftsführer tätig.

Der Zweck der amerikanischen Beteiligung liegt auf der Hand. Von Köln aus soll die „Camel", renommierteste US-Marke von Reynolds, in die EWG-Länder geliefert werden, da Einfuhren aus Übersee wegen des hohen Tabakzolls — 7500 Mark je 100 Kilogramm Zigaretten — unrentabel sind.

Camels Landung im Gemeinsamen Markt löste bei der Konkurrenz hastige Reflexe aus. „Auf dem Zigarettenmarkt darf man niemals schlafen", erklärte Kristinus, „denn wer schläft, stirbt." Weder Kristinus noch Reemtsma oder British American Tobacco (BAT) schliefen. Zunächst bemühte sich BAT — das Unternehmen bringt seit einigen Monaten die Camel-Konkurrenz „Lucky Strike" auf den Markt — um die in Hamburg ansässige Traditionsfirma Kyriazi, die mit 1,2 Prozent Marktanteil der mittelständischen Zigarettenindustrie angehörte. Nach einigem Zureden erklärte sich der Schweizer Alleininhaber Constantin Kyriazi zu Beginn dieses Jahres bereit, eine „enge Zusammenarbeit mit BAT einzugehen", das heißt, seinen Geschäftsanteil zu veräußern. Bereits vor Jahresfrist hatte BAT ein weiteres Unternehmen übernommen, und zwar die Sonntag Cigarettenfabrik GmbH in Bonn („Simon Arzt").

Westdeutschlands Zigarettenkönige, der inzwischen verstorbene Philipp Reemtsma und dessen Bruder Hermann, umwarben die Badische Tabakmanufaktur Roth-Händel AG in Lahr, die unter Beimischung deutschen Tabaks steuerbegünstigt die sogenannte schwarze Zigarettenmarke „Rothändle" herausbringt und die sich beachtliche 3,8 Prozent Marktanteil erkämpft hatte. Mittlerweile hält Reemtsma mit 75 Prozent Kapitalanteil Rothändle fest in der Hand. Die vor allem im Saargebiet begehrte 7½-Pfennig-Zigarette „Rothändle" gilt als Reemtsma-Prellbock gegen die überwiegend aus schwarzen algerischen Tabaken hergestellte „Gauloise", deren Fabrikationsrechte sich die Reemtsma-Konkurrenz BAT vor wenigen Wochen gesichert hat.

Nach den Arrondierungskäufen der beiden marktbeherrschenden Unternehmen eilten die Inhaber von Brinkmann, Friedrich Kristinus und sein Schwager Wolfgang Ritter — Kristinus („Gloria", „Peer") und Brinkmann („Texas") hatten bereits 1957 fusioniert —, nach Berlin, um mit den griechischen Inhabern der Firma Muratti, Adrian und Alexander Enfiezioglou, zusammenzutreffen. Auch hier wurde man handelseinig, und seit Anfang März ist Brinkmann an Muratti „stark beteiligt" (Kristinus).

Den Beschluß der Konzentrationsbewegungen bildete schließlich das mittelständische Unternehmen Eilebrecht Cigaretten- und Rauchtabak-Fabriken AG in Baden-Baden, deren Marken „Greiling", „Bali" und „Westminster" vor allem in Süddeutschland verbreitet sind. Die ehemals saarländische Firma erwarb die Zigarettenfabrik Kosmos GmbH in Memmingen, der auch so wohlklingende Marken-Bezeichnungen wie „Commodore" und „Supra-Filter" nicht mehr als 0,7 Prozent Marktanteil beschert hatten.

Der Trend zur Großfirma ist um so erstaunlicher, als gerade der Zigaretten-

Zigarettenfabrikant Hermann Reemtsma
Rothändle in die Hand genommen

markt seit Kriegsende Jahr für Jahr Umsatzrekorde meldet. Nach Beendigung der Siedlerstolz-Ära trieben der Virginia-New Look („Texas", „Fox", „Collie"), die Juno- und Eckstein-Renaissance, „Genuß ohne Reue" (Gloria) und schließlich die internationale junge Woge der „Peter Stuyvesant" die Umsätze immer weiter in die Höhe. Seit der Währungsreform verdreifachte sich der Zigarettenkonsum und erreichte im vergangenen Jahr mit 65 Milliarden Stück einen Umsatzwert von fast fünfeinhalb Milliarden Mark. Pro Kopf und Jahr wurden 1959 1525 Zigaretten und 105 Zigarren inhaliert.

Die weitere Ausbreitung des Nikotingenusses erwies sich indes für die mittleren Fabrikanten als schädlich. Bis 1955 war beispielsweise die Filterzigarette die Domäne der mittelgroßen Zigaretten-Unternehmen Kristinus und Kosmos. Für die Großfirmen Reemtsma und BAT lohnte sich die Produktion nicht, da das komplizierte Herstellungsverfahren — der Tabak mußte in die vorgeformte Filterhülle gestopft werden — keine großen und rationellen Produktionsserien erlaubte.

Als jedoch die sogenannte Filter-Ansetzmaschine den zeitraubenden und kostspieligen Stopfvorgang überflüssig machte und die Bundesbürger zudem erste Wohlstandsneurosen ausbildeten, propagierten BAT und Reemtsma erfolgreich die Filterzigarette und gingen zur Großproduktion über. Während die Filterumsätze rapide anstiegen, ging die Anzahl der kleineren Produzenten merklich zurück. Allein von 1952 bis 1959 verminderte sich die Zahl der Zigarettenfabrikanten von 53 auf nur mehr 28. Noch 1938 war der deutsche Markt von über 125 Zigaretten-Herstellern bevölkert.

Trotz abnehmender Zahl der Konkurrenten stieg freilich die Zahl der angebotenen Zigarettensorten. 1951 konnten die Verbraucher unter 120 westdeutschen Zigarettenmarken wählen; bis März dieses Jahres schwoll das Sortiment auf 234 Marken an. Das umfangreiche Angebot und die wachsende Prestige-Konkurrenz unter den Großfirmen trieben die Reklamekosten in die Höhe und erhöhten das Markenrisiko beträchtlich — zum Nachteil kleinerer Firmen.

So rechnen die Werbemanager der Zigarettenindustrie mit einem jährlichen Mindestaufwand von 1,50 bis 1,60 Mark je 1000 Zigaretten allein für Reklame, das entspricht bei einem Jahreskonsum von 65 Milliarden Stück einem Gesamt-Werbeetat von 100 Millionen Mark.

Spitzenmarken wie HB von BAT sowie die Reemtsma-Cracks Ernte 23 und Peter Stuyvesant erforderten zu Beginn ihrer Karriere noch erheblich höhere Mittel. Um eine Marke im ganzen Bundesgebiet einzuführen, benötigen die Werbeabteilungen im ersten Jahr nach Erscheinen einer Marke einen Etat von mindestens 15 Pfennig je Kopf der Bevölkerung. Bei 50 Millionen Einwohnern sind das gut sieben Millionen Mark pro Spitzenmarke. Aber trotz derartiger Aufwendungen ist ein Absatzerfolg keineswegs gewährleistet. Kristinus: „Wenn eine Marke falsch angelegt ist, geht sie auch mit Werbung nicht." Alle Absatzschätzungen bezeichnet man bei Brinkmann als ein „Spiel unter Laienbrüdern".

Da Kleinfirmen wegen des großen Risikos derartige Vorleistungen für

J 360

Frischer Kopf - klarer Kopf

Jarl
HAAR FRISCH-TONICUM

JARL ins Haar! Das gibt eiskühle Frische und klare Gedanken. Das gibt schönes, gesundes Haar. Und guten Sitz der Frisur.

JARL Haar-Frisch-Tonicum - nach neuestem Stand der Haarforschung - mit Menthol, Alkohol, B-Vitaminen und biologischen Wirkstoffen gegen Schuppen und Haarausfall. Die Qualitätsgarantie: JARL kommt vom Hause Schwarzkopf! JARL gibt's nur im Fachgeschäft.

DM 4,80 und DM 8,40

Jarl erfrischt den Kopf · nährt das Haar · hält die Frisur

ANGEBOT

Eigenes Haus mit Garten

Sie können es früher beziehen, als Sie vermuten, wenn Sie bei Wüstenrot bausparen. Der Staat hilft Ihnen kräftig mit Prämien bis 400 DM im Jahr oder hohem Steuernachlaß.

Mit unserer Hilfe wurden mehr als 300 000 Wohnungen (meist Eigenheime) finanziert. Wir können Sie daher aus großer Erfahrung beraten. Unser Kundendienst bemüht sich auch um Bauland und Baumöglichkeiten. Verlangen Sie den kostenlosen Sonderprospekt T 1 von der größten deutschen Bausparkasse GdF Wüstenrot, Ludwigsburg/Württ.

Wüstenrot

Trink Sinalco weltbekannt

Jeder Schluck ist eine prickelnd-köstliche Erfrischung und dabei sehr bekömmlich

Sinalco – aus frischen Früchten hergestellt. Nur echt in der Rotpunkt-Flasche.

Werbung, Marktforschung und Verkaufsstrategie nicht aufbringen können, haben sie in den vergangenen Jahren so gut wie nie einen Schlager kreiert. Mittlere Firmen sehen bereits monatliche Stückumsätze von 25 Millionen Zigaretten als einen Erfolg an. Derartige Umsätze sind allein deshalb notwendig, weil nach Abzug der rund 60prozentigen Tabaksteuer und der 14prozentigen Handelsspanne einschließlich Umsatzprämien dem Hersteller einer 8⅓-Pfennig-Zigarette nur zwei Pfennig für Produktion, Verkauf und Werbung bleiben.

Das große Geschäft allerdings ist allein den marktbeherrschenden Unternehmen vorbehalten. Seit Jahr und Tag rangiert die HB mit einem monatlichen Stückabsatz von einer Milliarde an der Spitze des westdeutschen Marktes. Es folgen Ernte 23 mit 800 Millionen und Peter Stuyvesant („Der Duft der großen weiten Welt") mit 600 Millionen Stück im Monat. Allein diese drei Marken beherrschen den westdeutschen Zigarettenmarkt zu rund 40 Prozent.

Nach Beendigung der Konzentrationsbewegungen beherrschen nunmehr praktisch vier Firmen das westdeutsche Zigarettengeschäft, und zwar zu folgenden Anteilen:

▷ Reemtsma, einschließlich Roth-Händel	49,3 Prozent
▷ BAT, einschließlich Simon Arzt und Kyriazi	31,7 Prozent
▷ Brinkmann, einschließlich Muratti	8,5 Prozent
▷ Reynolds/Neuerburg	6,3 Prozent
Zusammen	95.8 Prozent

Von der einstmals großen Gruppe selbständiger mittlerer Unternehmen, die vor Beginn des letzten Krieges 25 Prozent des westdeutschen Marktes versorgte, sind allein die Firma Eilebrecht in Baden-Baden mit 1,7 Prozent Marktanteil sowie der in München ansässige Zweigbetrieb der österreichischen Staatsgesellschaft Austria mit 0,7 Prozent übriggeblieben. Die restlichen 1,8 Prozent des westdeutschen Marktes verteilen sich auf 17 Kleinstfirmen, die man in der Branche abschätzig als Waschküchenbetriebe bezeichnet.

KIRCHE

ORDENSSCHWESTERN

Zieht das Kleid nicht aus

Im Februar 1953 durfte der Oberwachtmeister Hank vom Gendarmerieposten Zoznegg im Landkreis Stockach am Bodensee im Auftrage der Staatsanwaltschaft Konstanz eine Recherche besonderer Art durchführen: Er sollte im Nachbardorf Boll, für dessen öffentliche Ruhe und Sicherheit sein Polizeiposten zuständig ist, durch persönlichen Augenschein feststellen, ob die Ordensschwester Adelfriede ihr Ordenskleid trägt.

Hanks Meldung nach Konstanz: „Die Hellmann trägt das Kleid nach wie vor." Dieser Feststellung ließ der Polizist noch eine Prognose folgen: „Es ist nicht anzunehmen, daß sie es freiwillig ausziehen wird."

Mit dem kleinen Zusatz gab Gendarm Hank seinen Konstanzer Auftraggebern zu verstehen, daß er Dienstobliegenheiten subtilen, ja heiklen Charakters durchaus von polizeilicher Routinearbeit zu unterscheiden wisse. Hank besaß, als er der Staatsanwaltschaft die Kleidung der Schwester Adelfriede meldete, in der Tat eine genaue Vorstellung vom Grund der Konstanzer Neugierde: Ein Jahr zuvor nämlich hatte der Zoznegger Polizist selbst die Ermittlungen gegen Schwester Adelfriede in Gang gebracht.

Mutmaßte Hank damals: „Die Verhältnisse sind ganz undurchsichtig. Nach-

Renitente Schwester **Adelfriede**
Ausgestoßen?

dem man in Boll den Eindruck hat, daß die Hellmann mit ihrem Mutterhaus überhaupt nicht in Verbindung steht, dürfte doch anzunehmen sein, daß dieselbe von ihrem Hause ausgestoßen ist und somit das Ordenskleid zu Unrecht trägt."

Hanks mißtrauische Hartnäckigkeit hatte zur Folge, daß schließlich die Staatsanwaltschaft Konstanz gegen Mathilde Hellmann, als Schwester Adelfriede angeblich der „Genossenschaft der Schwestern von der Göttlichen Vorsehung" zu Münster in Westfalen angehörig, wegen Vergehens nach Paragraph 132a StGB ermittelte, der das unberechtigte Tragen von Uniformen wie von Ordenskleidern unter Strafe stellt. Die Konstanzer fühlten sich ihrer Sache sicher, hatten sie doch vorsorglich über das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg den Bischof von Münster um Stellungnahme gebeten.

Bischof Dr. Keller von Münster dachte über eine Ordensschwester fern vom Ordenssitz offenbar ähnlich wie der Polizist Hank und ließ die „Ehrwürdige Schwester Adelfriede" per Einschreiben wissen, „daß Sie sich künftig nicht mehr als Schwester kleiden dürfen. Demgemäß ist der Staatsanwaltschaft geschrieben ... Ich bitte und beschwöre Sie nochmals, unverzüglich ins Mutter-